

Summary von Prof. Dr. Margret Bülow-Schramm

Soziale Lage der Studierenden – Die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks

Prof. Dr. Rolf Dobischat, Präsident des Deutschen Studentenwerks
Wolfgang Isserstedt, HIS Hochschul-Informationssystem GmbH
Dr. Elke Middendorff, HIS Hochschul-Informationssystem GmbH

Dienstag, 28. August 2007, 9.00–10.30 Uhr

Nach Hochschulpakt, Bildungsfinanzierung und „Studentenberg untertunneln oder erklimmen“ standen im 4. Forum der Wissenschaftskonferenz die Studierenden im Fokus und damit eine mehr individualistische gegenüber der institutionellen Perspektive in den vorangegangenen Diskussionen. Die soziale Lage der Studierenden ist ein entscheidender Faktor, wenn es um die Reform der Studien- und Hochschulfinanzierung geht.

Seit 1951 führt die HIS GmbH in Kooperation mit dem Deutschen Studierendenwerk alle drei Jahre Erhebungen zur Situation der Studierenden kurz: Sozialerhebungen durch: die Studierenden Deutschlands werden dazu in einer repräsentativen Stichprobe schriftlich befragt.

Die 18. Sozialerhebung mit Daten aus 2006 liegt seit Juni 2007 vor und hat gethrillt: Zwar kommt die Studienanfängerquote der mittelfristigen Zielmarke von 40 % ziemlich nahe, jedoch geht damit nicht eine gleichmäßigere Verteilung der Bildungschancen einher, sondern es zeigt sich eine zunehmende soziale Differenzierung entlang des Merkmals „Hochschulabschluss der Eltern“. Einmal mehr wird die Selbstrekrutierung der oberen Schichten belegt – eine soziale Öffnung der Hochschulen zeichnet sich nicht ab.

Elke Middendorff, Wolfgang Isserstedt (ExpertInnen der HIS GmbH) stellten die 18. Sozialerhebung vor und machten sie durch ihre präzise Schwerpunktsetzung im großen Kreis des Plenums (ca. 100 TeilnehmerInnen) diskutierbar, Rolf Dobischat (Präsident des Deutschen Studentenwerks) zog aus den dargestellten Fakten die notwendigen politischen Schlussfolgerungen, die zentral für die Positionen der GEW sind.

Erstmals in der 18. Sozialerhebung wurden Hochschulzugang und Studienberechtigung genauer ausgeleuchtet; auf der Grundlage des Mikrozensus wurde die Studienanfängerquote aus zwei Perspektiven betrachtet: nach dem Land des Studienortes (36%) und nach dem Land, in dem die Hochschulreife erworben wurde (31%) – beides ergibt unterschiedliche Zahlen, weil in der ersten Berechnungsart deutsche und Bildungsinländer zusammengezählt werden, diese also höher ist. Auch bei den sozialen Gruppierungen wurden neue Wege beschritten: erstmals wurde quer zu den sozialen Gruppierungen das Merkmal akademikernah und akademikerfern gemessen am Bildungsabschluss des Vaters berücksichtigt und hier die größten sozialen Disparitäten festgestellt (Bildungstrichter).

Der Schwerpunkt Studienfinanzierung zeigte die wachsende Bedeutung der Elternfinanzierung gerade für die niedrigen Herkunftsgruppen. Der Anteil derer, die von einer gesicherten Studienfinanzierung ausgehen, ist von 2003 bis 2006 in allen Herkunftsgruppen zurückgegangen, jedoch steigt der Anteil je Herkunftsgruppe von 39% auf 72% mit steigender sozialer Herkunft.

Die politischen Schlussfolgerungen, die in den folgenden Arbeitsgruppen vertieft und spezifiziert wurden, untermauerten die Forderung nach sozialer Öffnung der Hochschulen, die Notwendigkeit,

das BAFöG zu stärken und den wachsenden Bedarf nach Ressourcen für die Beratung der Studierenden.

In der Diskussion wurde herausgestellt, wie wichtig es ist, hinter die Oberfläche der Daten zu schauen und den Detailanalysen der Sozialerhebung nachzuspüren: die quer zu den sozialen Gruppen verlaufenden Bildungsmilieus gilt es zu beachten eben so wie die nur schwer zu verändernden Strukturen der „Vererbung“ kulturellen Kapitals.

In Zeiten rasanter Staatseingriffe in die Hochschulpolitik - trotz oder wegen Föderalismusreform - wurde auch klar, dass die Auswirkungen all dieser Eingriffe noch nicht ihren Niederschlag in diesen Daten finden: so z. B. nicht die Auswirkungen der neuen Studienstruktur oder der inzwischen in fast allen Bundesländern eingeführten Studiengebühren –wenngleich das Studentenwerk selber schon einen Vorgeschmack bekommen hat und die Folgen der Langzeitstudiengebühren in Hamburg erleben musste: der Rückgang der Langzeitstudierendenzahlen traf das Budget des Studentenwerks empfindlich.

Schwankungen der Studierendenzahlen, die auch durch Studiengebühren verursacht werden können, haben also auch unmittelbaren Einfluss auf die Aktionsmöglichkeiten des Studierendenwerks, das eine soziale Infrastruktur schafft, „damit Studieren gelingt“ wie der Slogan des HH-Studierendenwerks lautet.

Als Hauptfragen blieb, wie die Erkenntnis, dass die Bildungsreserven der akademikernahen Milieus ausgeschöpft sind (Studierquote 83%) und hier kaum Reserven für eine Erhöhung der Studienanfängerzahlen auf 40% mobilisiert werden können, in eine Politik der sozialen Öffnung der Hochschulen wirkungsvoll überführt werden kann. Sicher und geteilt war die Meinung, dass sie früher ansetzen muss als beim Übergang Schule - Hochschule, d. h. sich auch auf die Verringerung der Selektivität der vorigen Bildungsschwellen erstrecken muss. Das erfordert eine umfassende Bildungspolitik sowohl was die Bildungsbereiche (KiTa, Schulstufen, Hochschulen) als auch was die Handlungsebenen (von den jeweiligen Zulassungsbedingungen zu den Vermittlungsformen und Lernarrangements) betrifft.

Mit Hartmut von Hentig wollen wir uns daran machen, die Sachen zu klären und die Menschen zu stärken.